

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . KČ 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzzährig . . . 192.—

Abstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Dienstag, 29. Mai 1923.

Nr. 122.

Nach dem Hamburger Kongreß.

„Die Internationale hat ihre Seele wiedergefunden!“ Mit diesen Worten hat Paul Faure, einer der hervorragendsten Führer der französischen Sozialisten, in einem Gespräch die Stimmung der Freude und Genugtuung ausgedrückt, welche die Teilnehmer nach Beendigung des Hamburger Kongresses erfüllte. Die Stürme, die im letzten Jahrzehnt über das Proletariat hinweggebraust sind, hatten seine internationale Organisation in Trümmer gelegt, Enttäuschung und Verbitterung in seine Reihen getragen, so daß auch die Bemühungen auf Wiedererweckung der Internationale vielfach auf pessimismus stießen. Es war ein mühseliges Werk, die zerrissenen Fäden wieder anzuknüpfen, die bestehenden Gegensätze auszugleichen, ein Werk, das wohl noch der letzten Vollendung harret, zu dem aber doch in Hamburg der Grundstein gelegt wurde. Der Verlauf des Kongresses hat in diesem Sinne die Hoffnungen des sozialistischen Proletariats weit übertroffen. Nach trüben Jahren der Zerrissenheit und Kraftlosigkeit, zu der das internationale Proletariat infolge des Fehlens einer aktionsfähigen Internationale verurteilt war, wirkt die Hamburger Tagung wie ein leuchtender und wärmender Sonnenstrahl. Und wenn ihre Beschlüsse auch nicht das Ziel sozialistischen Hoffens bilden, so dürfen wir seit Hamburg doch wieder stolz bekennen: wir haben eine neue Internationale! Was es an sozialistischen Parteien in der alten und neuen Welt gibt, sie sind in dieser neuen Internationale zusammengefaßt und nur die Kommunisten stehen noch beiseite, die im Kadavergehorsam gegenüber den Moskauer Diktatoren es ablehnen müssen, sich in die Reihen der Sozialisten aller Länder einzugliedern. Die Logik der wirtschaftlichen Entwicklung wird auch dieses letzte Hindernis für eine alles zusammenfassende Arbeiterinternationale beseitigen. So kann von der Hamburger Tagung gesagt werden, daß sie eine neue Epoche in der Geschichte der internationalen sozialistischen Bewegung einleitet.

Schon in der Eröffnungsitzung des Kongresses kam der Wunsch und Wille, eine Uebereinstimmung zu finden, erhebend zum Ausdruck. Als namens der Hamburger Partei Genosse Leuterich den Kongreß begrüßte und dem Willen der deutschen Arbeiterklasse Ausdruck gab, alles zu tun, um das Wiederaufleben des preußisch-deutschen Militarismus zu verhindern, durchbrauste ein minutenlanges Beifallsturm den Saal. Und es war Vandervelde, der am gleichen Tage, anläßlich der machtvollen Demonstration auf der Moorweide den Gedanken weiterspann und seine Rede in einen feurigen Protest gegen jeden Militarismus und Krieg ausklingen ließ. Der Holländer Oudegeest, als Vertreter des internationalen Gewerkschaftsbundes, feierte als nächster Redner die Einheit der Aktion und fand warme Worte für den Abwehrkampf der Ruhrarbeiter. Nicht minder offen bekundete der Franzose Brade die Sympathien der französischen Sozialisten für die von schwerem Leid heimgegriffene Arbeiterklasse des Ruhrgebietes und mutig verurteilte er vor dem ganzen Kongreß das ebenso gewaltsame wie unsinnige Vorgehen der französischen Machthaber. Neuer Beifallsturm erhob sich, als Brade das Wort des großen französischen Dichters Anatole France zitiert: „Die Verwirklichung der Einheit der Arbeiterorganisationen in allen Ländern — das ist die einzige wirkliche Sicherung des Volksfriedens!“ Da war der Impuls gemeinsamen Handelns, gemeinsamer Tat, der das Proletariat der ganzen Welt erfüllt, zu spüren. Und der Wille trat zutage, den Mut der Verständigung, die Kraft der Ueberwindung in gemeinsamer Arbeit zu finden.

Auch aus den auf dem Kongreß gehaltenen Reden, den Debatten und den beschlossenen Resolutionen geht die tiefe Sehnsucht des Proletariats hervor, einen Weg der Geschlossenheit des Denkens und Handelns der Sozialisten aller Länder zu gehen. Dr. Otto Bauers große

Die Garantie der deutschen Industrie.

Die „Garantie“ soll für die Industriellen zu einem guten Geschäft auf Kosten der Arbeiterklasse werden.

Berlin, 28. Mai. (Eigenbericht.) Die sogenannte Garantie der Industriellen stellt sich nun als ein ungeheuerlicher Bluff dar. Schon die angebotene Summe von 200 Millionen Goldmark ist lächerlich klein, doch stellen die Industriellen noch eine Reihe Bedingungen, deren Annahme durch das Reich die Garantie zu einem glänzenden Geschäft für das Kapital machen würde. Sie verlangen nämlich Aufhebung der letzten Reste der Zwangswirtschaft und der Auslandskontrolle, Freigabe des Wohnungsgeschäfts und eine Reihe Maßnahmen, die eine Durchlöcherung des Achtstundentages bedeuten. Dieser Plan legt den arbeitenden Massen, abgesehen von der Bedrohung des Achtstundentages, nur neue Lasten auf. Selbst in bürgerlichen Kreisen erregt das Projekt Befremden und die „Bolsche Zeitung“ schreibt, daß die Erfüllung dieser Forderungen den Bürgerkrieg herbeiführen würde. Für die Sozialdemokratie ist die Vorlage selbstverständlich unannehmbar. Mit allem Nachdruck wird die Sozialdemokratie von der Regierung verlangen, daß sie die Verhandlungen mit den Industriellen abbricht und durch gesetzlichen Zwang die Beteiligung der Industrie an den staatlichen Lasten herbeiführt.

Die Industriellen finden ihr treues Abbild in der Landwirtschaft, die keinen Zweifel darüber lassen läßt, daß sie ohne die Erfüllung bestimmter politischer und wirtschaftlicher Bedingungen keine Bürgschaft geben könne. In politischer Hinsicht soll die „Wiederherstellung der Sicherheit und Ordnung im Innern“ die Voraussetzung sein, über das wirtschaftliche Programm schweigt sich das agrarische Zentralorgan aus. Nach der Ideengemeinschaft aber, die besonders in nationalen Fragen zwischen Industrie und Landwirtschaft besteht, ist anzunehmen, daß die Agrarier von gleichem Prozentpatriotismus befeelt sind wie die Herren um Stinnes.

Die Beratungen des Reichskabinetts über das neue Angebot werden in ein entscheidendes

Stadium treten, sobald die Vertreter, die in London und Rom die Wünsche der dortigen Regierungen erforschen, zurückgekehrt sein werden. Vortäufel sind alle Krisengerichte verfrachtet.

Genaueres über das Garantieangebot.

Anschlag auf den Achtstundentag.
Berlin, 28. Mai. Die „B. Z.“ am Mittwoch bringt eine Berliner Meldung des „Journal“, wonach in der Deckschrift der deutschen Großindustrie an die Reichsregierung u. a. mitgeteilt wird: Die deutsche Industrie regt an, daß die Reichsregierung als Garantie alles Eigentum anbietet, über das das Reich und die Bundesstaaten verfügen, d. h. Eisenbahnen, Zölle, Häfen, Staatswaldungen, Salzbergwerke und staatliche Bergwerke. Sollte die Entente diese Garantien als unzureichend betrachten, so wäre die deutsche Industrie bereit, ihr ganzes unbewegliches Eigentum ohne seinen Inhalt anzubieten. Der Entente würde eine Hypothek nur auf die Gebäude gewährt werden, nicht aber auf die Maschinen und die Produktion. Nebenliche Verpflichtungen sollten Banken, Handels- und Schiffahrtsgesellschaften eingehen und im Einvernehmen mit der Großindustrie an der Mobilisierung einer Summe von zweihundert Millionen Goldmark jährlich teilnehmen. Die Landwirtschaft und das Privateigentum sollte der Regierung jährlich dreihundert Millionen Goldmark garantieren. Die Bedingungen der Industrie sind folgende: Revision des Achtstundentages im Interesse der Reparationen und nach Herstellung eines Einvernehmens mit den Gewerkschaften, Abschaffung jeder Regierungskontrolle über die Ausfuhr, Abschaffung der Demobilisierungssämter, welche die Industrie noch immer zwingen, einen Prozentfuß des Personals der früheren Armee einzustellen und Wiederherstellung der Handelsfreiheit im ganzen Reich.

Freigabe des höchsten Farbwerkes.

Höchst, 27. Mai. (Wolff.) Die militärische Besetzung der höchsten Farbwerke ist aufgehoben worden. In dem seit dem 15. Mai stillgelegten Betriebe wird die Arbeit morgen wieder aufgenommen werden.

politische Rede über den internationalen Kampf gegen die internationale Reaktion war grundlegend für die Schaffung einer gemeinsamen internationalen Front gegen die Gefahren der Reaktion. Dann folgten drei Referate über die imperialistischen Friedensverträge und die Aufgaben der Arbeiterklasse, ein Punkt, der die größte Frage der Gegenwart berührt und der den Kongreß auf seinen Höhepunkt brachte. Alle drei Reden erfüllte der gleiche Gedanke: daß Europa nicht zum wirklichen Frieden kommen kann, daß seine Wirtschaft in Anarchie entartet ist, ganze Völker dahinstirben, der Hunger wütet und ein systematischer Wiederaufbau nicht erfolgen kann, daran trägt der Wahnsinn der Friedensverträge die Schuld. Besonders leuchtete die tapere Rede des französischen Genossen Leon Blum hervor, der an dem Versailler Vergewaltigungsvertrag vernichtende Kritik übte und der ebenso scharf verurteilte, daß Deutschland gezwungen wurde, die Allensschuld am Krieg, die nicht vorliege, auf sich zu nehmen, wie, daß man Oesterreich zwang, von dem Anschluß an Deutschland abzusehen. Die französischen Sozialisten würden fortfahren, mit aller Energie gegen die Ruhrbesetzung zu protestieren. Die militärische Besetzung erleichtere nicht, sondern sie erschwere die Lösung der Reparationsfrage, auch stärke sie die chauvinistische Bewegung hüben und drüben und schwäche die deutsche Republik. Es waren Worte, unvergesslich und groß, wert in die Hirne aller Nationalisten und Gewaltpolitiker eingehämmert zu werden!

Es war ein historischer Augenblick, als dann Friedrich Adler über die Organisation

des internationalen Proletariats sprach und der vorgelegte Satzungsentwurf einstimmige Annahme fand. In dem Jubel, der ausbrach, war zu fühlen, daß hinter denen, die ihre Hand erhoben hatten, Millionen von Arbeitern aller Länder stehen.

Es wäre töricht, zu leugnen, daß die herrliche Bekundung der Einigkeit des Weltens und Handelns des internationalen Proletariats angesichts des Bruderkampfes, den wir mit den tschechischen Sozialdemokraten führen müssen, in den deutschen sozialdemokratischen Arbeitern dieses Staates kein volles Gefühl der Freude aufkommen läßt, aber die vollzogene Einigung läßt die Hoffnung keimen, daß es gelingen wird, den bösen Stachel der Uneinigkeit zu beseitigen. Mit den Methoden, welche die tschechische sozialdemokratische Presse auch jetzt nach dem Kongresse anzuwenden beliebt, wird es allerdings nicht gehen. Aber noch dürfen wir erwarten, daß sich auch die tschechischen Sozialdemokraten ihrer Pflichten gegenüber der Internationale bewußt werden.

So schmerzhaft diese offene Wunde ist, so nehmen wir doch Teil an der Freude über das in Hamburg gelungene Einigungswerk. Wir sind uns bewußt, daß alle Gegensätze nicht mit einem Schlage beseitigt werden können. Es gilt, gemeinsam Hand anzulegen und den ehrlichen Willen zu bekunden, den Weg der Einigung zu finden. An den deutschen Sozialdemokraten wird es nicht fehlen. Der Druck der wachsenden Reaktion muß auch die andern zur Einsicht zwingen. Hamburg hat in allen Sozialisten die Ueberzeugung gewedt, daß die volle Einigkeit des Proletariats errungen werden wird.

Währungspolitik und Kapitalistenklasse.

Zu Lebzeiten Raschins, des allmächtigen Diktators in der Finanz- und Wirtschaftspolitik des tschechoslowakischen Republik, den Kurs der Krone möglichst hoch zu treiben. Als die Krone in Zürich zehn Schweizer Centimes wert war, war es das Ideal jedes tschechoslowakischen Patrioten, sie auf 15 hinaufzusetzen zu sehen, als sie auf 15 stand war das Ziel der Währungspolitik 20 oder 25 Centimes. Es war dies eine Politik, die in erster Linie im Interesse des Staates war, der über keine nennenswerte innere Schuld, dafür über eine große auswärtige Schuld verfügte. Je mehr die tschechische Krone stieg, desto geringer wurde die Dollar- und Frankenschuld, welche die tschechoslowakische Nationalregierung während des Krieges in Amerika und Frankreich aufgenommen hatte. Auch das tschechoslowakische Finanzkapital sah mit Wohlbehagen einer Finanzpolitik zu, die es den Devisenabteilungen der Banken ermöglichte, Riesenerlöse zu machen. Das Devisengeschäft der Banken wurde in dieser Zeit das gewinnbringendste unter allen den verschiedenartigen Geschäften der Banken.

Enz zur Zeit, da Raschin noch Finanzminister war, machten sich die Widersprüche gegen seine Währungspolitik geltend. Insbesondere war es der Führer des mächtigen Flügels, der Nationaldemokrat Dr. Engliš, welcher die Ansicht vertrat, daß es für die Volkswirtschaft das Beste sei, wenn der Kurs der Krone stabilisiert werde. Diese Anschauung entsprach den Interessen des Handels- und Industriekapitals, welches durch das Steigen des Kronenwertes im Auslande konkurrenzfähig geworden war, weil seine Produktionskosten höher waren als die der Industrien der Nachbarstaaten, deren Währung infolge der allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Europas in der Nachkriegszeit immer mehr auf der schiefen Ebene heruntertauchte. Aber die Auffassung des Handels- und Industriekapitals drang nicht durch, Raschin blieb Sieger.

Ungefähr um die Zeit von Raschins Abgang aus dem Finanzministerium machte sich die Wendung in der tschechoslowakischen Finanzpolitik geltend. Der Anstich ging von den Agrariern aus, deren politische Macht schon dadurch zum Ausdruck kam, daß sie im Herbst dem Staate den Ministerpräsidenten stellten. Die Fortsetzung der bisherigen Währung hätte den Agrariern eine Schmälerung ihrer Profite gebracht, denn mit dem Steigen der Krone sanken die Getreidepreise, was aber die Agrarier unter allen Umständen verhindern wollten. Deswegen wurden sie die Vorkämpfer der Stabilisierung des Kronenwertes. Dem Handels- und Industriekapital hatte die lange Dauer der Wirtschaftskrise Recht gegeben, immer allgemeiner wurde das Bewußtsein, daß der tschechoslowakischen Industrie dauernder Schaden werde zugefügt werden, wenn es nicht gelingen werde, den Export tschechoslowakischer Waren ins Ausland wieder zu beleben. Für diesen Export aber bedeutete ein steigender Kronenwert eine Gefahr. Aber auch das Finanzkapital war nunmehr einer anderen Währungspolitik günstig gestimmt worden, weil die Wirtschaftskrise nicht nur dem Handel- und Industriekapital schweren Schaden zufügte, sich nicht nur die Konkurrenz von Kaufleuten und Industriellen häuften, sondern weil auch die Banken von der Krise in Mitleidenschaft gezogen wurden und eine Reihe von Bankunternehmungen in schwerste Bedrängnis gerieten. So hat sich auch die Abkehr des Finanzkapitals von der Raschinschen Währungspolitik vollzogen. Das kommt deutlich zum Ausdruck in der Rede des jetzigen Führers der Nationaldemokraten und dabei zugleich des Vorkämpfers des tschechischen Finanzkapitals, Dr. Kramář, bei der vor einigen Tagen stattgefundenen internationalen Handelskonferenz in Prag. Kramář sagte dort: „Die Tschechoslowakei hat absolut keine Lust, den Kurs der Krone hinaufzutreiben, weil sie sich durch Erfahrung davon überzeugt hat, daß eine solche Politik überflüssig und für Handel und Industrie schädlich ist. Ihr Bestreben ist, den Kurs der Krone nach Möglichkeit auf einem bestimmten Niveau zu erhalten und zu trachten, daß die Bewegung der Valuta die ganze Wirtschaftspolitik nicht störe. Die Tschechoslowakei hofft, daß ihr dies vollständig gelingen wird.“

So hat die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Monate die Voraussetzung für ein Kompromiß in der Währungspolitik des Staates geschaffen: Handels- und Industriekapital, landwirtschaftliches Kapital und Finanzkapital

sind nunmehr in gleicher Weise an der Stabilisierung des Marktes der Krone interessiert. Damit ist auch der größte Teil der Schwierigkeiten überbrückt, der sich der Wahl eines, eine bestimmte Währungsposition verfolgenden Finanzministers entgegenstellt hat. Was die tschechische Arbeiterchaft nicht vermocht hat, wozu sie zu schwach und zu wenig Klassenbewußt war, die wirtschaftliche Entwicklung hat es mit sich gebracht: der Deflationspolitik der Tschechoslowakei, die der Volkswirtschaft dieses Staates so schwere Wunden geschlagen, die den Arbeitern unerhörte Opfer aufgeladen hat, ein Ende zu sein.

Der Einigungskongreß der sozialistischen Jugend-internationale.

Am zweiten Tag des Jugend-Einigungskongresses (am Freitag) eröffnete Genosse Thaller die Konferenz. Den Bericht der Mandatsprüfungskommission erteilt der Sekretär Genosse Ollenbauer. Danach sind anwesend 53 Delegierte, die 26 Verbände vertreten. Die Zulassung der Wanderer und der Ledebourgruppe wird abgelehnt und beiden empfohlen, sich mit der sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands zu vereinigen. Den Vertretern dieser Organisationen werden Gaudarten ausgestellt. Bezüglich der beiden sozialistischen Jugendorganisationen Frankreichs soll der Exekutive das Material übergeben werden, damit sie die Frage der Zusammenarbeit klären kann. Die Kommunisten, die zu agitatorischen Zwecken wieder einmal einen Einigungskongress inszenieren haben, verlangten die Anhörung einer Delegation. Dieses Anerbieten wurde einstimmig abgewiesen.

Man schritt darnach zur Erledigung des 1. Punktes der Tagesordnung, zu dem Genosse Kimm (Wien) ein ausgezeichnetes Referat über „Den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiterjugend“ hielt. In großen Zügen entwarf er ein Bild des wirtschaftlichen Gegenwartskampfes, aus dem wir u. a. die folgenden Ausführungen entnehmen:

Der internationale sozialistische Kongreß hat deutlich gezeigt, daß in allen Ländern die Arbeiterschaft in schwerem Kampfe um die Erhaltung und den Ausbau ihrer Rechte steht. Die Jugend ist damit aufs Engste verbunden, da die jugendlichen Arbeiter mit Vorliebe vom Kapital als Ausbeutungssubjekt benutzt werden. Die heutigen Lehrverhältnisse sind Ausbeutungsverhältnisse. Obwohl fast überall der Achtstundentag gesetzlich geregelt ist, müssen die Jugendlichen noch sehr oft 10 bis 12 Stunden täglich arbeiten. Auch um den freien Sonntag steht es noch sehr schlecht. Noch trauriger steht es um den Erholungsurlaub, den die Jugendlichen nur in den seltensten Fällen erhalten. In Oesterreich hat man heute diesen Urlaub für die Jugendlichen gesetzlich festgelegt. Das muß auch für die Länder gefordert werden, in denen ein solches Gesetz noch nicht besteht. In neuerer Zeit nehmen sich die Gewerkschaften der Jugendlichen besonders an und versuchen in ihren Kollektiv- und Tarifverträgen die Entschädigung für die Beurlaubten festzusetzen. Der größte Teil der Jugendbeschäftigten der 1. Jugendinternationale von 1907 ist heute noch unerfüllt. Deshalb wurden im Gegenwartsprogramm in Salzburg 1922 noch einmal die Mindestforderungen aufgestellt. Trotz aller Anfeindungen, besonders von links, stehen wir auch heute noch zu ihnen, weil es uns darauf ankommt, zunächst einmal das Erreichbare durchzusetzen. Das ist aber nur möglich

Poincaré sabotiert Verhandlungen mit Belgien

Paris, 28. Mai. (Tsch. P.-B.) Ministerpräsident Poincaré begibt sich Mittwoch nach Strassburg. Dort gedenkt er nach dem „Matin“, einige Zeit zu bleiben. Er habe deshalb den belgischen Botschafter in Paris gebeten, dem Ministerpräsidenten Theunis mitzuteilen, daß zu seinem größten Bedauern die belgisch-französischen Verhandlungen nicht vor der nächsten Woche stattfinden könnten. Da in diesem Augenblick die beiden belgischen Kamern sich mit dem Militärgesetz beschäftigen, einer Debatte, der sich Ministerpräsident Theunis ganz widmen wird, glaubt „Matin“, daß die belgisch-französischen Unterredungen infolgedessen bis Mitte Juni aufgeschoben werden müsse.

Die Ausrede, mit welcher Poincaré die wiederholten Bemühungen Theunis und Jaspers um eine Aussprache über das Reparationsproblem ablehnt: ein im übrigen unmotivierter Aufenthalt in Strassburg, ist so durchsichtig, daß man Poincarés Sabotierungsabsicht nicht in Abrede stellen kann. Und man begreift diese Absicht angesichts des klar zugegebenen belgischen Planes, fortan die Reparationsfrage nicht mehr im engen Zusammenhang bloß mit Frankreich, sondern mit der gesamten Entente zu behandeln. Die Fruchtslosigkeit der belgisch-französischen Sonderaktionen und namentlich des Ruhrabenteuers legt Theunis dieses Verhalten zwingend nahe, andererseits aber ist die Aufgabe der bisherigen Sonderfront eine derartige Beurteilung der Politik Poincarés, daß dieser jedes Mittel anwendet, um Zeit zu gewinnen. Und dies umso mehr, als er den neuen englischen Ministerpräsidenten, mit dem er nach Belgiens Wunsch nun inniger zusammenarbeiten müßte, noch nicht erprobt hat, ein Aufschub des Brüsseler Begehrens bis Mitte Juni ihm also auch nach dieser Seite eine vielleicht gewinnbringende Klärung verleiht. Je mehr sich der Zusammenhang zwischen Frankreich und Belgien lockert, desto unbegreiflicher ist es, daß Deutschland mit seinem neuen Anbot von Tag zu Tag zögert, damit treibt es nur das Wasser auf die Mühlen Poincarés. Der verbrecherische Massenegoismus der bestehenden Klassen Deutschlands, die offenkundig um jedes winzige Garantiezugeständnis hinter den Kulissen verzweifelt markten, bringt

in enger Zusammenarbeit mit den politischen Parteien und Gewerkschaften. In einem internationalen Jugendschutzprogramm werden wir später noch unsere Forderungen zu präzisieren haben.

In der Diskussion sprach zunächst der Genosse Hundazic (Georgien) von starkem Beifall begleitet für die Delegation der sozialistischen Jugend Russlands. Er gibt ein erschütterndes Bild der Verhältnisse der jugendlichen Arbeiter im heutigen Sowjetrußland. Selbst die Sowjetpresse teilt mit, daß tägliche Arbeitszeiten von 12 bis 14 Stunden nichts Seltenes sind. Eine glänzende Rolle in der Bekämpfung der sozialistischen Jugendorganisationen scheint der kommunistische Jugendverband zu spielen, das amtliche Organ der Sowjetbehörden, der sich nicht scheut, mit Spitzeln und Polizei, mit aller staatlichen Macht, die ihm zur Verfügung steht, mit ungeheuren Geldmitteln der Denksucht für die arbeitende Jugend zu sein. Nicht weniger als 45 Genossen sind allein in

das Reich vielleicht um die besten Chancen, zu einem Einvernehmen zu gelangen, denn zweifellos ist Belgien jetzt durchaus bereit, annehmbare deutsche Vorschläge zu diskutieren. Man muß nur wünschen, daß den ersten Andeutungen über die vorzuschlagenden deutschen Garantien bald ein ganz konkreter Plan folge. Nur ein solcher kann Poincaré in jene Vereinklamung drängen, welche die erste Voraussetzung für seine Nachgiebigkeit ist.

Vorsicht ist der Garantien besserer Teil.

Berlin, 27. Mai. (Tsch. P.-B.) Die Blätter berichten über den Empfang des Reichsverbandes der deutschen Industrie durch den Reichstagsler. Bei dem Empfang wurde besonders die Frage der praktischen Garantieleistung besprochen. Die Konferenz mit den Ministerpräsidenten, die nach Berlin eingeladen werden sollen, sobald die Bepflegungen mit den Führern der Reichstagsfraktionen beendet sein werden, dürfte spätestens Mitte der kommenden Woche stattfinden. Die Blätter betonen, daß der Inhalt der vom Reichsverbande ausgearbeiteten Denkschrift vertraulich ist, doch hebt das Zentralblatt „Germania“ hervor, es handle sich nur um eine Verpflichtung der Industrie, der Landwirtschaft und des mobilen Kapitals gegenüber dem Reich, nicht aber um eine direkte Bindung der Privatwirtschaft an die Reparationsgläubiger. Ebenso soll bei dieser Verpflichtung jede Anmaßung der privatwirtschaftlichen Selbständigkeit im Sinne einer verschleierte oder teilweisen Substanzerstaatlischung vermieden werden.

Neuer Devisensturz in Berlin.

Berlin, 28. Mai. (Eipenbericht.) Die politische Lage erzeugte an der Börse eine stark pessimistische Stimmung. Die Vorgänge im Ruhrgebiet, das Uebergreifen der Feuersturmbanden nach Dresden und in andere Städte des unbefestigten Gebietes, die Vermirrung in Wirtschafts- und Regierungsreisen bewirkten ein neues Ansteigen der Kurs. Der Dollar notierte 61,864 (55,611), das englische Pfund 287,000 (256,000), der Schweizer Franc 11,078 (9975), und die tschechische Krone 1837 (1660).

Moskau verhaftet, ohne je vor ein Gericht gestellt zu werden. Die meisten von ihnen wurden in entfernte Gegenden verbannt.

Das erschütternde Bild, das der Redner zeigte, wurde von einem Vertreter der sozialrevolutionären Jugend Rußland noch ergänzt.

Vorriin-Holland unterbreicht die Ausführungen des Referenten.

Dann wurde eine Kommission eingesetzt zur Redaktion der vorgelegten Leitfäden, der auch Skontaja-Ruffig angehört.

Ueber „die kulturellen Aufgaben der Arbeiterjugend“ spricht darauf in einem groß angelegten Referat Veogd-Holland. Das allgemeine Ziel der Arbeiterbewegung ist nach seiner Meinung nicht nur wirtschaftlicher und politischer Natur, sondern auch ein geistiges und sittliches. Sie will die Staatsmacht erobern zur Umgestaltung zu einem sozialistischen Gemeinwesen. Die Sozialisierung kann aber erst durch

geführt werden, wenn die Arbeiterschaft nicht nur auf Zerstörung veralteter sozialer Zustände, sondern auf positiven Aufbau einer neuen Gesellschaft eingestellt ist. Die Notwendigkeit der seelischen Bildung im Sinne der Gemeinschaft wird immer mehr von den Arbeitern erkannt und besonders ist dies erkannt in einigen Schichten der Jugend, vor allem in der Arbeiterjugendbewegung. Sie will neben ihren wirtschaftlichen Zielen auch eine Höherführung der Menschen zu besseren und edleren Lebensformen erreichen. Doch finden wir leider noch den größten Teil der Arbeiterjugend in einem Zustande, der sie für höhere Aufgaben ungeeignet macht. Ihr berechtigter Drang nach Erholung und Freude wird leider von gewinnstüchtigen Erholungsfabrikanten ausgenutzt. Deshalb müssen wir versuchen, der Jugend, die Arbeit für die Zukunft leisten soll, eine Heimstätte zu sein, für ein neues sozialistisches Jugendleben. Wir müssen der arbeitenden Jugend Mittel und Wege zeigen, wie sie in diesem Sinne arbeiten kann. Sie muß von uns erfährt werden und wir müssen es ihr als Lebensaufgabe erscheinen lassen, für den Aufbau einer neuen Menschengemeinschaft zu wirken. Bekämpfung des Alkohols und Nikotins, der Schundliteratur, Wandern, Spielen, Volkstänze, Kunst und Literatur, schöne Jugendheime, frohe Jugendfeste, alles Mittel, die wir uns seit langem zu Eigen gemacht haben, werden uns dem Ziele näher führen.

In der Nachmittagsitzung begann die Aussprache über das Kulturreferat. Er sprach zunächst die Genossin Landastichova, tschechische soz. Vereinigung, über die Arbeit in ihrer Heimat, mit den soz. Stadfinderorganisationen, worauf Dr. Kanig (Wien) vor einer Ueberkultur warnt, die leicht in der Jugendbewegung möglich ist. Er glaubt nicht, daß die Jugend eine besondere Mission hat. Alle unsere Kulturarbeit muß in innigen Zusammenhang mit dem Proletariat stehen. Gemeinschaftsgefühl ist etwas Verschwommenes. (Bei seinen weiteren Ausführungen kommt es zu starken Beifallskundgebungen, aber auch zu Gegenprotesten, besonders von Seiten der Vertreter der deutschen Arbeiterjugend, als er auf die eventuellen Gefahren einer zu starken Betonung des Kulturlebens hinweist. Er schließt damit, daß er fordert, daß die kulturelle Arbeit an der Jugend sich nicht trennen dürfe vom Mutterboden.)

Keller (Jungfer) wandte sich gegen die Ausführungen Kanig: Wir anerkennen die Wechselwirkungen von Wirtschaft und Kultur. Im Aufgabenkreis der Arbeiterjugend aber muß die kulturelle Arbeit den ersten Platz einnehmen.

Albrecht-Deutschland: In diesem Hause ist schon 1910 das gesagt worden, was heute Kanig hier gesagt hat. Die Jugend aber wird sich durchsetzen, trotz solcher Reden. Auch der Genosse Kanig wird sich umstellen müssen, wie ich mich vor einigen Jahren habe umstellen müssen.

Vorriin-Holland wandte sich äußerst temperamentvoll gegen die Ausführungen Kanig. Auch er erkennt die Gefahren, die die Kulturarbeit mit sich bringt, aber bringt die politische Arbeit keine Gefahren mit sich? Die stärkere Betonung der kulturellen Arbeit, die wir der deutschen Arbeiterjugend verdanken, hat uns die großen Massen der holländischen Arbeiterjugend gebracht, die wir vorher nicht erfassen konnten.

Westphal-Deutschland meinte, daß die Gefahr, die Kanig sehe, absolut nicht bestehe. Er bitte, doch nicht päpstlicher zu sein, als der Papst. Unsere Partei hat das vollste Vertrauen zu uns und wir arbeiten mit allen Gewerkschaften Deutschlands und der Internationale aufs Engste zusammen.

Auf Antrag von Paul-Deutschböhmen wird Schluß der Debatte beschlossen.

Ein Stand, der untergeht.

Zwar wird kein Mensch nach diesem Stande trauern, seinem Begräbnis werden keine Leidtragenden folgen, aber daß man ihm einen ehrlichen Totenschein ausstellt, das ist er denn doch noch wert. Daran steht zu lesen, daß der Verbliebene der Stand des freien Schriftstellers ist, gestorben an den herrlichen Zeiten, denen wir entgegengeführt wurden, sowie an dem organisierten Straßenaufbau, den Verleger, Buchhändler, Papierfabrikanten Jahre hindurch an ihm begangen haben.

Die Not der Rentner, die Not der Offiziere, Offizierswitwen, der akademischen Kriegsteilnehmer, der Studenten, der Mieter und Vermieter, schließlich sogar der bildenden Künstler hat die Welt und die Parlamente erschüttert. Und gewiß ist in diesen Kreisen viel Not und Elend zu finden. Aber die Not der freien Schriftsteller, die einfach darauf beruht, daß man ihre Arbeit durchschnittlich mit dem 100fachen der an sich schon schabigen Friedenshonorate bezahlt — diese Not hat kein parlamentarischer Stimmband zum Erlösen gebracht, keine „Aktion“ gezeitigt, keine räuberische Praktik hinweggefegt. In Berlin soll einmal eine Besprechung stattgefunden haben, das stand in der Zeitung. Aber geschehen ist nichts. Was hätte auch geschehen sollen? Tarife könnten nur durch Streik erzwungen werden. Aber Streikaktionen existieren nicht, und als Streikbrecher würde sich das ganze deutsche Volk, soweit es lesen und schreiben kann und irgendeinen wahrhaften Erwerb hat, mit Lust zur Verfügung stellen. So stürzt sich die ganze Wucht der wirtschaftlichen Pressung auf den Punkt des geringsten Widerstandes, drückt und lastet und quetscht aus Leibestrafen, bis das Ziel erreicht und der Stand des freien Schriftstellers wirtschaftlich plattgewalzt, erschlagen, abgepresst ist.

Ohne mit der Wimper zu zucken, werden die wahnsinnigsten Steigerungen des Papierpreises hingeworfen. Das gleiche gilt für die Preissteigerungen der Druckfarbe und des Saßes. Denn

hinter diesen Dingen steht die Macht gewaltiger Konzerne und Organisationen. Widerstand ist aussichtslos; man fügt sich. Verlangt der Schriftsteller aber das 200fache des alten Zeilensohnes, denn gibt es Chnmachtsfälle, künstliche Entrüstungen, Erbitterungen ohne Ende und ohne Ergebnis. Geht er gar in seiner Tollheit so weit, eine Entschonung zu verlangen, die ihn halbwegs auf die Selbstkosten bringt, dann wird er ängstlich angefahren, wie ein stiller Tobtsüchtiger oder man weist ihm voll echter sittlicher Entrüstung die Tür. Im Buchgeschäft ist die Sachlage gleich, wenn nicht schlimmer; auf jeden Fall ärgernisregender, weil Verlog und Buchhandlung ungeheure Summen aus der schriftstellerischen Arbeit herauswirtschaften und ausgerechnet denjenigen, dessen Arbeit das ganze Geschäft erst ermöglicht, leer oder fast leer ausgehen lassen. Daß da nicht etwa ernsthafte wirtschaftliche Gründe vorliegen, sondern eine brutale, räuberische Gewohnheit, von der insbesondere viele Verleger nicht ablassen wollen, läßt sich einwandfrei nachweisen: Jeder Schriftsteller kennt Verleger, die mit größter Hartnäckigkeit Wochen und Monate hindurch um die Herunterdrückung des Autorenhonorars feilschen. Inzwischen verteuern sich die Herstellungskosten des geplanten Werkes von Tag zu Tag. Aber der Verleger obert lieber Hunderttausende, als daß er dem Verfasser zehntausend mehr an Honorar zugesticht. Da liegt eben uralte Uebung, eingewurzelte Ausbeutungsgewinnung vor, genau so wie bei den Zeitungen und Zeitschriften, die seit Erfindung der Buchdruckerkunst gewohnt sind, ihre geschäftlichen Kalkulationen ohne Einrechnung des Schriftstellerhonorars aufzustellen. Weil das eben keine Rolle spielt, weil es der bewendliche, bequeme Faktor ist, an dem man alles Manko leicht korrigieren kann. Mit ganz wenigen rühmlichen Ausnahmen sind seit jeder alle Zeitungen und Zeitschriften — insbesondere auch die großen, die Millionenumstellungen — Ausbeuter der schriftstellerischen Arbeit gewesen, schamloser als die Industrien der Maschine, der Kohle und des Eisens. Kein Wun-

der, daß diese Ausbeutung in einer wirtschaftlich gespannten Zeit sich uferlos steigert, daß sie ohne Schonung aus dem Verleumdung und Verleumdung aus dem Schriftsteller herauspumpt. Was sich da begibt, ist genau so unfittlich und räuberisch wie das, was die Franzosen im Ruhrgebiet tun; nur daß kein Mensch sich darum kümmert. Auch wir, die freien Schriftsteller, werden eben massenhaft „ausgewiesen“, aus unserm Beruf nämlich, wir werden bestohlen und wirtschaftlich bajonettiert, wir werden ausgehungert und entwürdigt. Aber keine Massenempörung steht uns hilfreich zur Seite; privates Kopfschütteln ist das einzige Zeichen des Mitleids, das wir ernten. Und selbst, wenn es mehr wäre: Das Elend dieses Standes rührt daher, daß man ihn für redliche Arbeit ausbeuterisch entlohnt, und nicht Mitleid wäre vonnöten, sondern nur das Primat an wirtschaftlicher Gerechtigkeit.

Kurz und gut: Man kann als freier Schriftsteller heute nicht mehr leben. Für den einzelnen mag das Ende früher oder später kommen. Er mag es hinauschieben durch langsames Nachgeben und Verelenden, durch Börsenspekulationen, durch Schieberei oder Nebenerwerb irgend welcher Art. Aber als Stand ist der freie Schriftsteller erledigt, eingefügt und begraben; und dies unter dem einhelligen, gleichmäßigen Schmunzeln einer Nation, die einstmals aus Dichtern und Denkern zu bestehen behauptete. Wenn ein Kreisblättchen in Posenmudel kriecht, dann wird über „geistige Verelendung“ gejammert. Aber eine große Zahl geistiger Arbeiter wird gleichzeitig aus ihrer Werkstatt ökonomisch hinausgepeitscht, ohne daß auch nur der Sachverhalt zur Kenntnis der Öffentlichkeit käme.

Kein Notschrei sollte hier gegeben werden, sondern ein Totenschein. Aber nötig ist es doch, das folgende hinzuzufügen: die Gefahr der geistigen Ausbeutung wird durch das Ende des freien Schriftstellers in bedrohliche Nähe gerückt. Wir sind beispielsweise schon so weit, daß literarische Vereine, wie sie in jeder Stadt bestehen, ständig wachsende Schwierigkeiten haben, geist-

liche Vorträge und Redner zu bekommen. Der freie Schriftsteller hat viel von der Bildungsarbeit dieser Vereine getrogen; er konnte sich mit mächtigem Honorar begnügen, weil er immerhin noch einigen Spielraum hatte. Das beginnt jetzt aufzuhören, weil die Spannung zwischen Vortragshonorar und Selbstkosten vom Schriftsteller nicht mehr getragen werden kann. Andere Erscheinungen werden folgen. Ich habe nicht das mindeste Interesse daran, sie schwarzlich auszumalen. Doch weiß man, daß das neue Rußland die Intellektuellen sehr gleichgültig, mißtrauisch und wegwerfend behandelt hat, bis es vor der Erfahrung stand, daß das geistige Leben eines Volkes denn doch mehr ist als ein schöner Ueberfluß, daß es sogar das einzige ist, dessentwegen sich zu leben überhaupt verlohnt; und von da an datieren die eifrigen, fast übereifrigen Bemühungen den Stand wieder hochzubringen und für das Volk nutzbar zu machen. Für das Theater, für die bildende Kunst, für den freien geistigen Versuch des russischen Staates, die Arbeit der Intellektuellen Arbeiter geschieht alles Erdenkliche, selbst unter Hinterrückung der politischen Rücksichten, die sonst allmächtig sind. In Deutschland aber verdient der freie Schriftsteller nicht einmal das Holz, das er während des Schreibens im Ofen verbrennt. Man läßt ihn zur Abhaltung von Vorträgen ein, deren Honorar gerade die Hälfte der Reisekosten deckt. Die angesehensten Zeitungen begeben an ihm die Spitzbüberei des Schuldnerwiders, indem sie drei Monate später nach alten Sätzen honorieren. Der freie Schriftsteller hat heute ein Rehtel keines ärmlichen Friedenseinkommens; und darf sich noch glücklich schätzen, wenn er wenigstens das erreicht. Und dies ist der Stand, der zu einem wesentlichen Teil die geistigen Güter der Nation hütet und mehrt. Ist es zu viel, wenn man da von einer Schmach spricht, schlimmer als die, mit denen der äußere Feind uns bemakelt?

Wilhelm Reichel.

Ueber „Die politische Erziehung der arbeitenden Jugend“ spricht dann Heinz (Wien), der ausführt, daß die sozialistische Bewegung in ihrem Anfangsstadium ebenso sehr entstanden sei aus dem Gedanken des wirtschaftlichen Kampfes, als auch der politischen Erziehung. Ueberall macht das Bürgertum auf den verschiedenen Wegen und mit den verschiedensten Mitteln den Versuch, die proletarische Jugend für sich einzufangen und in ihrem Sinne zu beeinflussen. Dagegen gilt es Front zu machen. Das ist heute noch wichtiger, als vor der Revolution. Heute, wo wir die deutsche Republik und die mitteleuropäischen Republiken gegen die Angriffe der Reaktion zu verteidigen haben, ist die politische Erziehung von allerhöchster Bedeutung. Denn erst dann, wenn sie politisch geschult ist, ist die Arbeiterjugend allen Anfechtungen und Einflüsterungen gegenüber gefestigt. Die politische Erziehung ist in erster Linie Bildungsarbeit. Die täglichen Kämpfe, die die Arbeiterschaft zu führen hat, müssen als Ausgangspunkt für diese Arbeit genommen werden. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß durch die praktische Anteilnahme der proletarischen Jugend an allen Tageskämpfen sie das größte Interesse für die politische Arbeit gewinnt. Die Erkenntnis der Genossen, die der proletarischen Politik durch die jeweiligen Verhältnisse gefestigt sind, wird durch solche Anteilnahme wesentlich gesteigert. Sie lernen dadurch auch, mit der Kraft des Gegners rechnen. Auf den innigen Zusammenhang zwischen Jugend, Partei und Gewerkschaften hinzuweisen, ihn zu pflegen, ist eine unserer vornehmsten Aufgaben. Die organisatorische Selbständigkeit und Selbstverwaltung der Jugend ist dringend notwendig, da durch sie die Jugend in hervorragendem Maße für die Kleinarbeit geschult wird und lebendigen Anteil an der Bewegung nimmt. Besonders pflegen müssen wir auch den Gedanken der Erziehung zur Internationalität. Die Jugendbewegung hat eine besondere Funktion in der Arbeiterbewegung zu erfüllen. Sie soll nicht an der Spitze marschieren, aber sie soll die Jugend reif machen für den Kampf zur Befreiung der Arbeiterklasse.

Dem Referat folgte noch eine Diskussion, an der sich die Genossen Ackermann-Wien, Boogd-Holland, Olenhauer-Berlin, Kimm-Wien und Bräuer-Deutschland beteiligten.

Ueber „Die proletarische Jugend und der Kampf gegen den Krieg“ spricht dann Genosse Paul-Deutschböhm, der zunächst das grauliche Bild des Weltkrieges noch einmal vor den Delegierten erscheinen läßt und dann darauf hinweist, daß besonders die Arbeiterklasse am furchtbaren darunter gelitten habe und leide und daß ein Krieg vor allem unter der proletarischen Jugend in der verheerendsten Weise wüthet. Trotz der furchtbaren Opfer des Weltkrieges werden heute von den kapitalistischen Regierungen der ganzen Welt neue Milliarden für den Militarismus ausgegeben. In fast allen Ländern ist die Tatsache zu verzeichnen, daß die Aufwendungen für Heer und Marine ein Vielfaches der Vorkriegssummen verschlingen. Man ist dabei, immer neue Kriegsmaschinen, Gifte und Gase zu erfinden, um Menschen zu mordern. Für kulturelle Zwecke, für Erziehung, für Alterspensionen dagegen wird nur ein Bruchteil der Summen ausgegeben, die man für den Militarismus aufwendet. In den Kasernen wird die arbeitende Jugend ihres freien Willens und ihrer Persönlichkeit beraubt und zur blind gehorchenden Maschine herabgewürdigt, um dann als Werkzeug für die Interessen der herrschenden Klassen und ihren kapitalistischen und imperialistischen Ziele ausgebeutet zu werden. Der Kampf gegen Krieg und Militarismus ist deshalb eine der vornehmsten Aufgaben der Arbeiterklassen und ihrer Jugend. Schon auf dem ersten internationalen sozialistischen Jugendkongress in Stuttgart im Jahre 1907 bildete der antimilitaristische Kampf eine Aufgabe, die mit aller Entschiedenheit verfolgt wurde. Und erst kürzlich wurde auf dem Weltfriedenskongress im Haag die Arbeiterschaft zu nachhaltigem Kampf gegen den Krieg verpflichtet. Der Kongress wies der Jugendbewegung durch folgende Stelle in der Resolution zum Referat über Erziehungsfragen den Kampf gegen den Krieg ganz besonders zu:

„Der Kongress ruft alle Arbeiter auf, in ihrer Familie einen pazifistischen Geist lebendig werden zu lassen und neben der Staatsbürgerziehung ihre Kinder nach ihren Idealen und unter der Kontrolle ihrer Organisationen zu erziehen und die Arbeiter-Jugendbewegung als wichtigen Faktor des Friedens zu unterstützen.“

Die Aufgabe der neuen Jugendinternationale wird es sein müssen, dieses Ziel im vollen Maße zu erfüllen. Wir müssen unsern Kampf richten gegen nationalistische Verhetzung, gegen militaristischen Geist, gegen die Verhetzung in der Schule und die Jugend erfüllen mit dem Gedanken der internationalen Solidarität aller arbeitenden Menschen. Wir wollen ferner, daß die Arbeiterjugend ihrer Reife und Kraft entsprechend an allen organisierten Aktionen, die das Proletariat zur Verhinderung des Krieges in die Wege leitet, teilnimmt. Wir wissen, daß es nicht möglich ist, alle Konflikte der Völker und womöglich auch der Klasse friedlich zu lösen und daß auf die Anwendung von Gewalt evtl. nicht verzichtet werden kann. Es ist deshalb notwendig, die Arbeiterjugend zu körperlich gesunden und tüchtigen Menschen heranzubilden. Der Redner schließt dann unter starkem Beifall mit der Aufforderung, mit aller Kraft und mit der ganzen jugendlichen Begeisterung unsern Kampf gegen Krieg und Militarismus zu führen und uns am Kampfe der gesamten Arbeiterklasse zu beteiligen.

Inland.

Der Agrar-kampfskampf nimmt in der Presse dieser beiden Koalitionsparteien immer mehr Raum ein. Die sonntägigen „Libove Listy“ sind über die Interpellation des Abgeordneten Stanzl in große Aufregung geraten und schreiben an dessen Adresse folgendes: „Solange der agrarische Abgeordnete Stanzl Minister war, gab er seiner Partei Ruhe. Dafür aber trieb er sein Unwesen im Ministerium. Er verwahrte sich sehr dagegen, als er seinen Ministerposten verlassen sollte und rücht sich deshalb an Svehla wo er kann. Zur Zeit der Krankheit Svehlas bereite er der agrarischen Partei sowie Widerwärtigkeiten, daß Svehla nunmehr nach seiner Rückkehr sowohl die Partei, als auch die Koalition leimen muß. Die größte Niederlage erlebte Stanzl durch die „Bohemia“-Affäre. Kubicek und die anderen Herren dieser Bank waren die engsten Freunde Stanzls und bildeten seine Clique. Daher will Stanzl den Abgeordneten Kubicek vor dem Kriminal retten und sein Mittel ist ihm zu schlecht hiezu. Stanzl hat schon alle Kräfte angespannt, um Kubicek aus dem Schlamme zu ziehen und zahlreiche Interventionen unternommen. Da ihm diese nicht gelingen, verliert er das Gleichgewicht, schlägt um sich wie ein Verrückter und merkt nicht, daß er hierbei das teuere Porzellan Svehlas, die Koalition, in Stücke schlagen kann.“ — Die But der Agraristen gegen den Abg. Stanzl ist deshalb so groß, weil dieser die Agraristen und Nationaldemokraten am liebsten aus der Koalition herauswerfen würde. Natürlich hat auch die letzte (von uns am Sonntag veröffentlichte) Interpellation des Abg. Stanzl über die Mitschuld des Agraristen Justizministers Dolansky an „Bohemia“-Kraus dazu beigetragen, um die Tschechoslowaken fruchtig zu machen.

Sie gehen die Javorina besichtigen. Obwohl die tschechischen Nationaldemokraten im Lande umherziehen, Versammlungen und Vorträge veranstalten, in denen sie auch die Javorina, „die schönste Perle der Republik“, in Lichtbildern zeigen, scheinen sie noch selbst sehr wenig von der Javorina zu kennen. Wie wäre sonst die Meldung, daß die Abgeordneten Kramarsch, Dyl, Hajn, Matouschek und Engliš eine Exkursion ins Javorinogebiet veranstalten, zu verstehen. Offenlich nehmen sich die Herren eine gute Landkarte mit, damit sie die Javorina auch finden, denn sonst müßten sie unrichtiger Dinge wieder heimkehren. Viel Glück zur Reise! — In einer Versammlung in Kaschau — von der sich übrigens das Tsch. P. B. besetzt, zu melden, daß sie „überaus zahlreich“ besucht war — erörterte Dr. Kramarsch die Javorinafrage und betonte, „beide Staaten bedürfen gegenseitig der Freundschaft, es müßte aber den Polen an dieser Freundschaft in gleicher Weise gelegen sein, wie uns, und die Freundschaft auf unserer Seite könne und dürfe nicht durch Geschenke und einen Verlust unseres Gebietes erkauft werden. Wir sind ein treuer Staat der Entente und werden es bleiben, wiewohl es in der Tschechoslowakei auch Gruppen gibt, welche diese Freundschaft nicht wünschen. Wenn die Entente möchte den Polen auf unsere Kosten Geschenke machen wollten, könnten diese Gruppen gestärkt werden.“

Eine autonomistische sozialdemokratische Partei in der Slowakei. Wie die „Ceskoslovenska Republika“ zu melden weiß, sind in slowakischen sozialdemokratischen Arbeiterkreisen Bemühungen aufgetreten, eine slowakische autonomistische sozialdemokratische Partei zu gründen. — In der letzten Zeit kommen so viel Nachrichten über neue Parteibildungen aus der Slowakei, daß jede solche Nachricht mit Vorbehalt aufgenommen werden muß.

Gemeindevahlergebnisse. In Alesan bei Prag haben Sonntag Gemeindevahlen stattgefunden, die folgendes Ergebnis zeigten: Tschechische Sozialdemokraten 214 Stimmen und fünf Mandate, Kommunisten 146 Stimmen und vier Mandate, tschechische Sozialisten 41 Stimmen und ein Mandat, Agrarier 99 Stimmen und zwei Mandate, die bürgerliche Kandidatenliste 203 Stimmen und fünf Mandate. — Die am selben Tage in Euldol bei Rutenberg abgehaltenen Gemeindevahlen ergaben nachstehendes Resultat: Tschechische Sozialdemokraten 99 Stimmen und vier Mandate, tschechische Sozialisten 103 Stimmen und fünf Mandate, tschechische Agrarier 140 Stimmen und sechs Mandate.

Eine Abfrage der Gewerbetreibenden an die Koalition. Das Organ der Gewerbetreibenden, „Zizera“, meint, daß die kommenden Gemeindevahlen die jegliche Regierungskoalition erschüttern und daß sie zumindest eine Rekonstruktion der Regierung erfordern werden. „Uns bleibt es — schreibt das Blatt — ganz gleichgültig, was geschehen wird, wir haben gar kein Interesse an der Erhaltung der heutigen Koalition und Regierung, die immer gegen die Gewerbetreibenden war. Welche Koalition und Regierung auch immer kommen möge, die Partei der Gewerbetreibenden wird sich an ihr nicht beteiligen.“

Eine militärische Kandidatenliste bei den Prager Gemeindevahlen. Bei den künftigen Gemeindevahlen in Prag wird — wie der „Bentov“ meldet — auch eine selbständige militärische Kandidatenliste aufgestellt werden. In Prag gibt es 1060 Offiziere, 2000 Unteroffiziere mit 2500 Familienmitgliedern, sodas eine militärische Kandidatenliste mit 1200 militärischen Pensionisten und 1200 Witwen nach Militärgenossen etwa 10.000 Stimmen auf sich vereinen könnte, wenn man hiezu auch die eventuellen Stimmen aus nichtmilitärischen Kreisen rechnet. Mit den Stimmen der Mannschaften werde hierbei nicht gerechnet, sondern nur mit den Stimmen derjenigen, denen der Militärdienst zu ihrem Lebensberuf geworden ist.

Abgeordnetenhaus am 20. Juni. Im Abgeordnetenhaus werden alle Dispositionen für den 20. Juni als dem ersten Sitzungstag der Junisession getroffen. Auf der Tagesordnung werden sich u. a. bereits vom Senat erledigte Vorlagen befinden.

Eine Tschechische Internationale? Die tschechischen Nationalsozialisten wissen nicht, was sie tun sollen, um sich für die Hamburger Abkündigung zu „rächen“. Während über das Prager „Ceske Slovo“ sich darin gefällig, die neue Internationale als „germanophil“ und „slavenfeindlich“ hinzustellen, geht der Leitartikel des Pilsner nationalsozialistischen „Cesky Směr“, eines Blattes, das nebenbei bemerkt, vor kurzer Zeit noch dem Dr. Urbensky die Stange hielt, um einen Schritt weiter und erklärt, daß die tschechischen Sozialisten eine eigene Internationale der sozialistischen Parteien der slawischen und kleinen Nationen gründen wollen. Wir würden dieser gelungener „Internationale“ vorschlagen, ins Präsidium die gemessenen Abgeordneten Svha, Hryzbyl und eventuell auch Herrn Laube zu entsenden. Da werden die „Gründer“ dann unter sich und frei von „germanophilen“ Einflüssen sein.

Ausland.

Die Bombenattentate in Polen.

Die vielen Attentate in Polen, deren Urheber man durchaus nicht zu erenden vermochte, haben die Warschauer Polizei veranlaßt, doch nach dem Nechten zu schauen und so verbreitet sie denn die folgende Nachricht: „Der Warschauer Polizei gelang es, die Urheber der Bombenattentate in Warschau auszuforschen. Sonntag wurde ein geheimes Lokal mit Bombenlager angebrochen und dort zwei junge Leute, angeblich Litauer, verhaftet. In dem Lokal wurde eine reichhaltige Korrespondenz vorgefunden, aus der hervorgeht, daß es sich um eine weiterverbreitete anarchistische Organisation handelt, welche mit den Berliner Anarchisten im engeren Kontakt stand. Aufgrund des bekannten Materials soll festgestellt worden sein, daß das letzte Bombenattentat an der Warschauer Universität das Werk dieser Organisation war und daß diese weitere Attentate gegen Polizei- und Regierungsmitglieder plante. Im Zusammenhang mit der Aufdeckung dieser Organisation werden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.“

So bereit man ist, die Nachricht von der modernen Herentüfte zu glauben, mit so hereditären Zweifeln steht man den Angaben „Litauer“ und „Anarchist“ gegenüber, man ist vielmehr sehr geneigt, in ihnen ein Vertuschungsmanöver der Polizei zu vermuten.

Die Sozialversicherung und die Arbeiter

II.

Die Vorlage beschäftigt sich lediglich mit der Versicherung der Arbeiter für den Fall der Krankheit, der Invalidität und des Alters. Es ist also das Bestreben, das unter der Ära des Ministeriums Bed in der Vorlage vom Jahre 1911 zum Ausdruck kam, nach der Vereinigung der Selbständigen- und der Nichtselbständigenversicherung aufgegeben worden. Dieser nun von der neu ausgearbeiteten Vorlage eingenommene Standpunkt ist aber auch bereits in den Leitfäden für den Ausbau der Sozialversicherung, die vom Ministerium im alten Oesterreich im Juli 1918 erlassen wurden, enthalten. Dort wird zu dieser Frage gesagt: „Der Vorschlag nach Einbeziehung der Selbständigen in den Versicherungszwang hat trotz lebhaft geäußelter Bedenken von verschiedenen Seiten und aus verschiedenen Gesichtspunkten die Billigung der Mehrheit des Sozialversicherungsausschusses gefunden. Die Bedenken richten sich einerseits gegen die Einführung des Versicherungszwanges für die Selbständigen, dessen Durchführbarkeit in Zweifel gezogen wurde, andererseits gegen den Zusammenschluß der Selbständigen und der Nichtselbständigen in eine Risikogemeinschaft. Dem Gewichte dieser Bedenken haben sich auch die Ansichten der Selbständigenversicherung niemals verschlossen. Auch überzeugte Vertreter dieser Richtung müssen zugeben, daß es vielleicht Jahrzehnte brauchen wird, um den Versicherungszwang für diese Kreise auch nur annähernd vollständig durchzuführen. Bei Versagen des Zwangsprinzips verliert aber die ganze Konstruktion ihren Boden. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß die Sozialversicherung auf die Arbeiter beschränkt werden muß, allein die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse und die Schwierigkeit, den vielfach abweichenden Bedürfnissen unter Besthaltung einheitlicher Formen abzuhelfen, müssen zur neuerlichen Erwägung Anlaß geben, ob der seinerzeitige Vorschlag unter den durch den Krieg geänderten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen überhaupt noch aufrecht erhalten werden kann.“

Es wird nun in den Leitfäden unter Punkt 3 der Grundgedanke aufgestellt, daß dem auch in den Kreisen der selbständig Erwerbigen unzulässig bestehenden Bedürfnisse nach einer Altersversorgung durch entsprechende Einrichtungen gleichzeitig mit der Invalidenversicherung der Arbeiter abzuhelfen sein werde. Wegen der Verschiedenartigkeit der hiebei zu lösenden Aufgabe wird sich jedoch die abgeforderte Behandlung dieser Frage empfehlen. Die Tatsache also, daß sich die Vorlage der Tschechoslowakei lediglich auf die Versicherung der Arbeiter beschränkt, ist keine Erzwangensfrage der Nachkriegszeit. Es besteht auch unter den Interessenten beider Gruppen kein Streit darüber, daß die Lösung der Probleme

ten. Denn die Angriffsobjekte der bisherigen Attentate weisen eindeutig darauf hin, daß die „Chjena“ genannte polnische Faschisten-Gruppe, also die Rechtsradikalen, die Verbrechen angeht haben. Wer sich noch erinnert, welches Trommelfeuer in der tschechischen Presse gegen Narutowicz, den Präsidenten der „nationalen Minderheiten“ eröffnet wurde und wie bald darauf ein von dieser Presse aufgesetzter Neuraschiker diesen Präsidenten ermordete, der hegt keine Zweifel, daß die Bombenattentate in Krakau, das Bombenattentat auf Reichenstein, die Bandenarbeit an deutschen Eigentümern in Königshütte, Teschen und Kattowitz, miteinander in logischem Zusammenhang stehen und auf das Bestehen einer planmäßig funktionierenden Organisation hinweisen. Die Ueberfälle auf Demonstrationen am 1. Mai, die Draufschiebung der deutschen Arbeiter in Oberschlesien usw. sind Glieder derselben Kette, die der Arbeiterklasse und den nationalen Minderheiten immer enger um den Hals gezogen wird.

Dieselben Polizeibehörden, die soviel Energie in der Verfolgung von angeblichen „Kommunisten“ aufzuwenden, sind nicht „imstande“, die tschechischen Anarchisten zu erenden. Kein Wunder also, daß sich letztere immer frecher gebärden. Am 17. Mai l. J. erhielten die Redaktionen der tschechischen Zeitungen in Krakau eine Aufschrift, die mit dem polnischen Ueber signiert war. In dieser Aufschrift, die im „Kaprak“ veröffentlicht war, lesen wir: „Nicht mit der P. P. S. und ihren verkrüppelten Ideen wollen wir den Kampf aufnehmen, sondern mit dem Kommunismus und dem Tugendtum. Wir haben ein klar abgestecktes Ziel und es fehlt uns nicht an Leuten und Mitteln. Wir fürchten niemanden. Versuchen sie nicht indes unter der Adresse der P. P. S. gegen uns Hindernisse in den Weg zu stellen, sonst belegen wir euch mit Bomben, auch unsere größten Genossen. Braunt und wir führen einen furchterlichen Schlag gegen euch. Sollte der „Numerus Clausus“ nicht eingeführt werden, dann sind wir bereit, zu Beginn des Schuljahres Blut in den Mauern unserer Schulen zu vergießen, um die Sperrung derselben herbeizuführen.“

Es genügt, diesen Brief und seine Tendenzen zu überlegen, um die neue „Entbeduna“ der Warschauer Polizei zu würdigen. Diese brave Hüterin der Ordnung sprang einfach den Leuten der „Chjena“, die doch Fleisch von ihrem eigenen Fleische sind, helfend bei und versuchte es, für die Entrüstung der übrigen Welt „Litauer“ und „Anarchisten“ zu billigen Blühleiter zu machen.

der Versicherung der Arbeiter und der Selbständigen nur getrennt voneinander erfolgen kann.

Als Unterbau der Sozialversicherung dient die Einheitskassa

und es wird da nach der Vorlage geplant, für den Bereich jedes politischen Bezirkes eine Bezirkssozialversicherungsstelle zu errichten. Die am Tage der politischen Bezirksbehörde erster Instanz befindliche Bezirkskrankenkassa soll in diese Bezirkssozialversicherungsstelle, bei der alle lokalen Angelegenheiten der Sozialversicherung zusammenlaufen sollen, umgewandelt werden. Alle übrigen im Bereiche der politischen Bezirksbehörde bestehenden Genossenschafts-, Vereins-, Betriebs- und registrierten Hilfskassen, ebenso die Bezirkskrankenkassen sollen aufgelöst werden und in die neu geschaffene Bezirkssozialversicherungsstelle übergehen. Es wird damit unserer Forderung nach Schaffung der Einheitskassa Rechnung getragen. Aber auch diese Erkenntnis hat sich schon im alten Oesterreich Bahn gebrochen. In den Leitfäden wird gesagt, daß die Zusammenfassung aller Versicherungen in lokal abgegrenzte Einheitskassen — soweit durchführbar — in erster Linie anstrebenswert ist. Die Vereinheitlichung der Kassawesens, heißt es dort, erscheint als vorbereitende Maßnahme für den Ausbau der Sozialversicherung dringend geboten, wäre dabei jedoch als möglich in Angriff zu nehmen.

Gegen die Errichtung der Einheitskassa wird schon jetzt seitens der Gegner der Sozialversicherung Sturm gelaufen und wir werden im Zuge der Verhandlungen über die Vorlage Gelegenheit haben, uns auch mit diesen Argumenten zu beschäftigen.

Die politische Behörde, die bisher bekanntlich als Aufsichtsbehörde über die Krankenkassen fungiert hat, wird ausgeschaltet und es tritt an ihre Stelle das Versicherungsgericht, bzw. das oberste Versicherungsgericht. Die politische Behörde hat nach der Vorlage lediglich ihre Kompetenzen bei dem Wahlverfahren behalten. Der organisatorische Aufbau der Vorlage, über den wir im Detail noch sprechen werden, ist sehr zweckmäßig, das Streben der Vorlage zielt dahin, die Administrative nach Einfachheit zu vereinfachen.

Damit haben wir die markanten Vorzüge der Vorlage gekennzeichnet und wollen nun zur Besprechung der

schweren Mängel,

die der Vorlage anhaften, übergehen. Eine alte Forderung der Arbeiterschaft besteht darin, alle Zweige der Versicherung zu vereinigen, dieser Forderung wird in der Vorlage nicht Rechnung getragen. Die Unfallversicherung bleibt weiterhin selbständig, ebenso sind die Bruderladen und die Pensionsversicherung der Privatangestellten in die Versicherung nicht einbezogen. Wir halten diesen Umstand für einen

Die Vorgänge im Ruhrgebiet.

Die Justizbirne.

Werdn, 28. Mai. (Sabas). Das Kriegsgericht verurteilte den Unterpräfekten von Essen, welcher gegen die Verhängung der Geldstrafe über die Stadt Bettwig einen beleidigenden Protest erhoben hatte, zu fünf Jahren Gefängnis und zu einer Geldstrafe von zehn Millionen Mark.

Räubereien und Grausamkeit der Okkupationsbehörden.

Berlin, 28. Mai. (Tsch. P.). Die „Montagspost“ meldet aus Essen: Die den Franzosen in der dortigen Reichsbankstelle in die Hand gefallene Summe betrage nach den bisherigen Feststellungen mindestens 97 Milliarden Mark. Auf dem Wege vor der Reichsbank stehen noch immer drei Tanks. In der Reichsbank selbst liegt noch die französische Wache, die am Samstag den erwähnten Betrag beschlagnahmt hat.

Nach einem weiteren Berichte der „Montagspost“ sollen nach einer Bekanntmachung des Generals Degontie sämtliche Eisenbahner, die sich nicht innerhalb zweier Tage der französischen Eisenbahnregie zur Verfügung stellen, ausgewiesen werden. Angestellte, Beamte und Arbeiter die über 60 Jahre alt sind, sollen als aus dem aktiven Dienstverhältnisse entlassen gelten und damit jeden Anspruch auf irgend welche Bezüge verlieren.

Streit und Unruhen im Ruhrgebiet.

Berlin, 27. Mai. Der Bochumer „Volkszeitung“ zufolge stehen nach Schätzung von gut unterrichteter Seite im ganzen Ruhrgebiete 200.000 Bergarbeiter und 10.000 Metallarbeiter im Streit. Der Streit hat sich in der letzten Zeit nach Westen bis gegen Hamborn ausgedehnt.

Wanne, 27. Mai. (Wolff.) Gestern mittag drangen kommunistische Demonstranten auf den Platz der Zeche „Pluto“ und zwangen die Arbeiterschaft des Schachtes „Thiel“ zur Niederlegung der Arbeit. Sie plünderten den Geräteschuppen, bewaffneten sich mit Schaufeln und Spaten und zogen weiter zum Schacht Wilhelm. Die Polizei griff mit blanker Waffe ein. Um 11 Uhr nachts war die Ruhe wieder hergestellt. Zahlreiche Verletzte mußten dem Krankenhaus übergeben werden. Zwanzig mit Revolvern und Dolchen bewaffnete Demonstranten wurden verhaftet.

Ein Ministerium Witos.

Warschau, 28. Mai. Staatspräsident Wojciechowski betraute den Abg. Witos mit der Bildung des neuen Kabinetts. Abg. Witos konferierte bereits mit Politikern, die er für sein Kabinett gewinnen will. Plänermeldungen zufolge erhält Seyda das Außenministerium und Gombosiński Kultus und Unterricht. Die Konferenzen zwecks Heranziehung der nationalen Arbeiterpartei und des christlich-nationalen Klubs in die neue parlamentarische Mehrheit sollen fortgesetzt werden.

Vorbereitungen für eine Entente-Konferenz.

Paris, 27. Mai. (Sabas). Nach dem „Journal des Debats“ wird die aus italienischer Quelle stammende Meldung über eine bevorstehende interalliierte Konferenz in Paris als unrichtig erklärt. Die Reise, die Mussolini nach Paris zu unternehmen gedenkt, wird wohl Ende Juni realisiert werden, nachdem er dem italienischen Parlamente über seine innere und äußere Politik ein Exposé gehalten haben wird. Erst dann wird man wissen, ob die interalliierte Konferenz in Paris abgehalten werden wird.

Aktives Eingreifen Baldwin's in den Reparationsstreit.

London, 27. Mai. (Tsch. P.). Der diplomatische Mitarbeiter des „Observer“ schreibt, daß Baldwin entschlossen sei, die Frage der Reparationen und alle damit zusammenhängenden Angelegenheiten sofort in Angriff zu nehmen.

Beschärkung des belgischen Eisenbahnerstreiks.

Brüssel, 27. Mai. (Sabas). Der Eisenbahnerstreik neigt zur Verschlimmerung.

Keine Einigung der englischen Konservativen.

London, 28. Mai. (Tsch. P.). Großes Aufsehen erregt in der Presse ein Schreiben Chamberlains an den Vorsitzenden der Konservativen Vereinigung von Birmingham, in dem er erklärt, der Premierminister sei mit ihm erst nach der Bildung des Kabinetts in Verbindung getreten. Wenn seine Unterstützung erbeten worden wäre, so würde er sie gerne gewährt haben. Andere Kräfte seien jedoch zwischen dem Premierminister und seinem Wunsch nach vollständiger Vereinigung der Konservativen getreten. „Daily Chronicle“ schreibt die Spaltung in der konservativen Partei sei erneut vertieft worden.

Münster, 27. Mai. (Wolff.) In Dortmund wurde gestern nachmittag ein von Herde kommendes, mit Polizeimannschaft besetztes Automobil von Aufrührern überfallen, beschossen und mit Handgranaten beworfen, wobei ein Polizeibewachtmann getötet und ein Polizist schwer verletzt wurde. Zwei zu Hilfe eilende Autos mit Polizeimannschaften, wurden ebenfalls in der angegebenen Weise überfallen. Die den Überfall betreibenden Aufrührer waren mit den modernsten Waffen ausgerüstet, besonders mit Handgranaten. — Sonntag abend herrschte im ganzen Düsseldorf Kreis Ruhe.

Die Kommunistenunruhen im Ruhrgebiet.

Berlin, 28. Mai. (Eigenbericht.) Im Ruhrgebiet ist der heutige Tag etwas ruhiger verlaufen. In Dortmund und Bochum hat man den Eindruck, daß die Bewegung ihre Kraft noch nicht erschöpft hat. Die Unruhen haben nach Düsseldorf übergegriffen. Die Dortmunder Holzarbeiter haben den Streik beschlossen, die Arbeiter der Elektrizitäts- und Gaswerke beschlossen einen 24stündigen Sympathiestreik. Die besonnene Arbeiterschaft hält sich von der Streikbewegung fern. In Bochum unterdrücken die Franzosen die Bewegung. Es gab fünf Tote und 60 Schwerverletzte. In einem schweren Aufstand kam es nachmittags in Gelsenkirchen. Die Franzosen erklären, sich in deutsche Verhältnisse nicht einzumischen.

Bereitstellung französischer Truppen.

Paris, 27. Mai. Die Agence Havas veröffentlicht folgende Depesche aus Düsseldorf: Man habe angekündigt, die Besetzungsbefehle wolle man jeden Preis bei den jetzigen Zwischenfällen im Ruhrgebiete neutral bleiben. Es sei festzustellen, daß die Ruhrbesetzung niemals den Zweck gehabt hat, die Verwaltung deutschen Gebietes zu übernehmen. Die französischen Truppen hätten sich bis jetzt abseits gehalten, weil es nicht in der Absicht der alliierten Regierungen liege, sich in die inneren deutschen Angelegenheiten einzumischen. Sie seien der Ansicht, daß der deutschen Polizei allein die Aufgabe zufalle, die Ordnung wiederherzustellen, aber man müsse hinzusetzen, daß es sich nicht um eine Neutralität um jeden Preis handele und daß die Truppen eingreifen würden, wenn ihre Sicherheit bedroht werde.

Arbeitslosenunruhen in Dresden.

Dresden, 27. Mai. (Wolff.) Gestern kam es zu großen Arbeitslosenunruhen. Die Markthalle mußte schon um zehn Uhr vormittags geschlossen werden. Auch die Geschäfte schlossen ihre Läden, die Hotels und Gasthäuser waren wiederholt bedroht. Es wurden verschiedene Ansprachen an die Arbeitslosen gehalten, in welchen sie zur Selbsthilfe aufgefordert wurden. Die Polizei verhielt sich sehr zurückhaltend.

Tages-Neuigkeiten.

Die Eindrücke des Feldmarschalls.

Durch einen Mitarbeiter des „Tempo“, der ihn auf der Visitationsreise durch die Länder der Meinen Entente begleiten durfte, verkündet Marschall Foch der aufstrebenden Welt seine Eindrücke von der Tschechoslowakei. Er weiß natürlich nur das Beste vom Guten zu sagen, schon die kommandierten Divisionen beweisen ihm Gottvertrauen. Sie sollen also, man denke, ein Ausfluß besonderen Talents der Bevölkerung gewesen sein, die es traf, zugleich den Tod von Marjorys Gattin zu betrauern und ihn, den großen Foch, zu feiern. Daß es noch taktvoller gewesen wäre, auf jede Feierlichkeit zu verzichten, wo sozusagen der Wirt einen so schweren Schlag erlitten, fiel dem ovationenklüsternden General garnicht ein, der nie ans Geschäft vergißt. Und dieses verlangt von einem Militäristen Prunk und Paraden, weil Militär und Kirche davon leben, dem urteillosen Teil der Bevölkerung durch tönenden und glanzvollen Klöppel die Gehirne zu umnebeln. Noch bewundernswürdiger als dieser zweifelhafte „Takt“ erschien Herrn Foch die große Kaserne, als die sich die Tschechoslowakei seinem hier sicherlich sachverständigen Blide kundgab. So Vollendetes scheint er, aller „Hervorher“ Tugend Mittelhausers zeitlos, doch nicht erwartet zu haben, denn bei dem Thema steigert sich der Bericht seines journalistischen Leibschmucks zum Hymnus, unsere Gänsehaut freilich in Erwartung dessen, was unser an „Entwicklung“ noch harret, zum Schüttelrost. Denn es wird uns versichert, daß die „geographischen Bedürfnisse und direkten Beziehungen mit den Verbündeten eine stetige Verstärkung der Abiatis erfordern werden. Die Beschäftigung der Prager Besatzung befriedigte die strengste Kritik. Von allen Staaten, die durch den Frieden von Versailles gebildet worden sind, hat die Tschechoslowakei gewiß die besten Vorbedingungen für eine wissenschaftliche und praktische Ausbildung dank der Entwicklung ihrer Industrie. Die Ingenieure und die Werkführer erhalten in Fachschulen die aufmerksamste Ausbildung. Diese Schulen erziehen vollständig gerüstete Menschen und die Tschechoslowakei erzielt in dieser Hinsicht eine derartige Entwicklung, daß sie

sich in die Reihe der fortgeschrittensten Völker stellt.“

„Der fortgeschrittensten Völker“ — Maxim Gorky hätte bei den Perspektiven, die sich aus diesem „Fortschritt“ eröffnen, eine geradezu erschütternde Freude, sein Appell „An die Mütter“ würde angesichts solch frecher Ironie, die sich der Militarismus herausnimmt, noch gellender, noch entrüsteter lauten. Ein ganzer Staat ein Arsenal, darauf eingerichtet, „vollständig gerüstete Menschen“ aus seinen Schulen und Werkstätten zu entlassen, da muß doch der nächste Krieg jenes herzerquickende Gemetzel werden, das sich die ausschweifende Phantasie unserer modernen „Pazifisten“ ausmalte!

Eines nur will uns nicht in den Kopf: daß der Lobhredler der Republik, die sich natürlich auch durch eine „entwickelte Demokratie“ und durch einen zwar „zurückhaltenden, aber sehr tiefen Patriotismus“ auszeichnet, die „Existenz der Minoritäten als den einzigen Schatten“ auf diesem „nichts, desto weniger glänzenden Bilde“ bezeichnet. Wofür, wenn man fragen darf, sind denn die „zurückhaltenden“ Patrioten „vollständig gerüstet“? Waffen hat man doch zum Vernichten, also frisch und fröhlich los auf die Minoritäten! Der „Tempo“ jedenfalls gibt seinen Segen dazu, er will doch wohl ästhetisch feinfühlig, wie er nun einmal ist, das „glänzende Bild“ ohne „Schatten“ sehen . . .

Die Gotteshäuser und die Wirtschaftshäuser. Es gibt Gegenden, in denen jedermann nach dem Kirchgang am Sonntag das Wirtschaftshaus aufsucht, wogegen unseres Wissens die Pfaffen der verschiedenen Religionen nicht allzuehr Sturm laufen. Denn manches Bäuerlein käme Sonntags nicht silbernerweise zur Kirche, wenn ihn neben der schönen Kanzelrede nicht auch noch die Hoffnung auf einen guten Tropfen anlockte. Daneben gibt es aber auch solche Schäferlein, die die Kirche in aller Herrgottsfröhe links liegen lassen und gleich zum Trunke eilen. Das ist den Gelehrten des Herrn natürlich nicht recht und da gewohnheitsmäßiges Wirtschaftshaus überhaupt die landläufige Frömmigkeit nicht günstig zu beeinflussen pflegt, predigen die Pfaffen dort, wo die Schenken voll und die Gotteshäuser leer sind, gegen den Alkohol. Das hat nun zweifeln die postterliche Wirkung, daß die Zahl der Kirchenbesucher noch weiter abnimmt, wie folgende Mitteilung der Berliner Zeitung „Der abstinenten Arbeiter“ beweist.

„Der Verein der Hamburger Gastwirte von 1870 hat folgende Entschliessung gefaßt: „Der Vorstand empfiehlt seinen Mitgliedern, solange die Hamburger Kirchensynode aus ihren Beschlüssen nicht den Kampf gegen den Alkohol gestrichen hat, aus der Kirchengemeinde auszureiten. Jede Erläuterung dieses Beschlusses ist überflüssig.“

Die Erläuterung erscheint auch uns überflüssig; denn ein Wirt mag noch so kleindürgerlich, frömmelich und kerikal sein — das Geschäft ist ihm die Hauptsache. Und wenn ihm der Paffe das Geschäft verbirbt, so pfeift der christliche Wirt auf den Herrgott und tritt aus der Kirche aus. Wie herrlich wäre es doch, wenn alle Menschen die Mahnungen der Hamburger Kirchensynode und das Beispiel der Hamburger Wirte befolgten: dann wären die Gottes- und die Wirtschaftshäuser mit einem Male leer.

„Rindvieh!“ Wir lesen im „Zentralblatt für Väter und Konditoren“ Deutschlands.

„Banzleben. Die Väterinnung Banzleben hielt im Oktober eine Versammlung ab. Es wurden für ein markenfrees Brot 200 Mark festgesetzt. Der Kollege E. A. richtete sich nicht nach diesem Preis und verkaufte das Brot für 200 Mark. Auf Beschwerde auswärtiger Kollegen erklärte er der Versammlung, er könne solch hohen Preis nicht nehmen, da er noch billiges Mehl habe . . . Rindvieh!“

Also der ehrliche Mann ist ein Rindvieh! Diejenigen aber, die in gewissenloser Weise dem Wolfe das Fell über die Ohren ziehen, die das Volk nach allen Regeln der Kunst austricksen und übermäßige Gewinne erzielen, sind kluge Leute! Ein Hohngelächter möchte man ausstoßen, wenn man auf der anderen Seite desselben Blattes in einem Bericht über das 30. Stiftungsfest des Chemnitzer Bädermeisterversammlungsvereins „Saxonia“ folgende Worte liest: „Von Freiheit, Männertüde, von Tugend und Heiligkeit zu singen, haben wir heute mehr denn je Ursache!“ — Wer glaubt heute Gemindel, das da von Tugend, Heiligkeit, Manneswürde und Volksbewehrung singt? — Rindvieh!

Horthys Schandjustiz. Am 1. September 1922 veröffentlichte der Buchdrucker Valentin Boldizar in der „Republika“ unter dem Titel „Die historischen Aufgaben des Terrors und sonstige Tollheiten“ einen Artikel. Er enthielt auch folgende Stelle:

Auch der Bogel ist schalldast und oberflächlich. Wenn es ihm gut geht, ist er eher leichtsinnig als gemessen, weise oder bedächtig. Das Wögelchen setzt oben am Bergesgipfel ein Schneefeld in Bewegung und binnen kurzem stürzt schon eine Lawine herab und weiset fürchterliche Verwüstungen an. So spricht der Bischof, der Postfiskus, und zwischen beiden drängt sich mit einem Redepurzelbaum der äckerlichste Schallnarr, um von dem Beifall des verkommenen öffentlichen Lebens auch eine Handvoll zu ergattern. Jemand beschwert sich, daß man dem Lande die Waffen aus der Faust geschlagen habe, und als jene, die den Anfang gemacht hatten, alles verloren, kam der „organisierte Schmutz“ und

Der Hamburger Kongreß.

Der Hamburger Kongreß hat eine Entschliessung über die Wiedergutmachung angenommen, die wir nachstehend wörtlich wiedergeben:

Der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bleibt eine der wesentlichsten Bedingungen für die materielle und moralische Befriedigung Europas. Es ist unbestritten, daß die Kosten des Wiederaufbaues von Deutschland getragen werden müssen. Aber die tatsächliche Durchführung der Reparationen ist in erster Linie begrenzt durch die wirtschaftlichen Möglichkeiten und kann andererseits nur vorgenommen werden, wenn ein vollständiges, aufrichtiges Übereinkommen zwischen Deutschland und seinen Gläubigern erfolgt, und wenn zugleich der Verzicht auf die Methoden der Gewalt und der Gebietsbesetzungen die Wiederherstellung normaler vertrauensvoller Beziehungen unter allen Nationen ermöglicht, und der Welt die Gewissheit einer langen Periode des Friedens bringt. Deshalb fordert der Kongreß

1. die endgültige Festsetzung der von Deutschland noch geschuldeten Summe auf einen Betrag, der in seinem Gegenwertwert den wirklichen Betrag der materiellen Reparationen darstellt.

2. die Feststellung eines Zahlungsplanes, der mit Hilfe internationaler Kreditoperationen sobald wie möglich Deutschland von seiner Schuld befreit und alsbald den Gläubigermächten die zu Reparationen notwendigen Summen zur Verfügung stellt.

3. den Abschluß von Übereinkommen zwischen den alliierten Regierungen die es ermöglichen, für die eigentlichen Reparationen die Gesamtsumme der erwähnten Zahlungen zu verwenden. Das setzt aber bei den alliierten Mächten und den Vereinigten Staaten von Amerika voraus, Verzicht auf ihre Forderungen an Deutschland, soweit sie die Militärpensionen betreffen, sowie allgemeine Annullierung ihrer gegenseitigen Forderungen und Schulden. Die jüngsten Vorschläge der deutschen Regierung und die Antworten Frankreichs, Belgiens, Englands und Italiens müssen Anlaß zur Eröffnung von Verhandlungen bieten, die zu einem Übereinkommen führen.

Telegramme.

Genosse Gzermal über den Hamburger Kongreß.

Berlin, 28. Mai. (Eigenbericht.) Zur Feier des Hamburger Einigungswerkes fanden Sonntag in den großen Sälen Berlins zwei Riesensammlungen statt, in denen auch ausländische Genossen unter großem Beifall sprachen. Genosse Gzermal wies in seiner Rede darauf hin, daß mit dem Hamburger Kongreß eine Periode der Spaltungen abgegeschlossen sei. Er besprach dann die Verhältnisse in der Tschechoslowakei, wo die deutsche Sozialdemokratie bei den Wahlen eine halbe Million Stimmen auf sich vereinigte, hunderttausend Mitglieder zählt und zehn Tagesblätter besitzt. Er schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Internationale.

Demission Sikorskis.

Warschau, 27. Mai. Ministerpräsident General Sikorski hat dem Staatspräsidenten die Demission des Gesamtkabinetts unterbreitet, die am 27. angenommen wurde. Das Kabinett wurde mit der Weiterführung der Geschäfte bis zur Ernennung der neuen Regierung betraut.

Gewaltige Zunahme der amerikanischen Textilindustrie. 111 Prozent beträgt die Zunahme der in den Textilfabriken der Vereinigten Staaten im Jahre 1922 verarbeiteten Baumwolle im Vergleich zu 1920, wo die Krise dort erst ihren Anfang nahm.

Die Industrialisierung Südafrikas macht große Fortschritte. Eine Anzahl von Waren, die früher eingeführt werden mußten, werden nunmehr im Lande selbst hergestellt.

Devisenkurse. Die tschechische Krone notiert in: Zürich, Berlin, Prag, Wien.

Table with exchange rates for various currencies including Gold, Ware, 100 holl. Gulden, 10.000 Mark, etc.

Zürcher Schlußkurse am 28. Mai. Table with exchange rates for Paris, London, Berlin, Mailand, Holland, Wien, Budapest, Prag, New York, Belgrad, Warschau, Wien gest.

Aus der Partei. Prager Parteiversammlung über den Hamburger Kongress. Freitag, den 1. Juni, um 8 Uhr abends findet im Neuen Uraniaaal eine Parteimitgliederversammlung statt.

Kunst und Wissen. Achte Mahler-Symphonie. Heute halb 8 Uhr im Neuen Theater Gustav Mahlers Achte Symphonie unter Zemlinsky's Leitung.

Turnen und Sport. Tschechoslowakei gegen Italien 5:1 (4:0). Das in der ganzen Sportwelt mit großer Spannung erwartete Länderspiel endete mit einem überraschend hohen Siege der tschechoslowakischen Repräsentativen.

Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten. Nordböhmisches Druck- und Verlags-Anstalt Gärtner & Co., Bodenbach a. E.

Advertisement for Gärtner & Co. featuring an illustration of their factory building and a list of printing services.

Sozialistische Theater-Stücke und Vortragbücher für Vereine senden wir in großer Auswahl auf Wunsch zur Ansicht. Buchhandlung Freiheit, Lepzig-Str. 18, Theresienstraße 18.

Die Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art Literatur.

Advertisement for 'Sozialdemokrat' magazine featuring an illustration of a newspaper and text about subscriptions.

Zor Schof Sch. unterlag aber am Sonntag gegen Kais 2:3, nachdem er in der ersten Halbzeit mit zwei Goals geführt hatte. Die Slavia schlug am Samstag in Lofly den Teplerer FC.

Advertisement for '20 Jährige Erfahrung' featuring 'GRAF' brand soups and a bottle illustration.

Mein Reisegefährte. Von Maxim Gorkij. Schadro lachte so laut er konnte; aber mir fiel es lebhaft ein, daß der Kahn Staatseigentum war; und ich veranlaßte ihn sofort, gleichfalls daran zu denken.

ald ließen sich Fußstritte und die Stimmen laufender Menschen vernehmen. Nach einigen Minuten waren wir bei einem brennenden Holzstoh im Kreise von vier Tschabananen.

„Geh, Michal, suche danach!“... Michal, der schwarzbärtige, warf den Stod auf die Schulter und ging zum Ufer. Der Tschabanej war trocken. Schadro wollte ihn über den nackten Körper ziehen, aber der Alte sagte: „Geh! Lauf erst, damit das Blut wieder warm wird.“

diesem Gedanken beunruhigte ich mich doch sehr darüber, wie denn wohl hier die schönste Stelle, die ein jedes Abenteuer hat, werden würde — der Schluß. Schadro sah schon auf der Erde, eingewickelt in den Tschabanej und ah irgend was, mich dabei mit seinen schwarzen Augen anblickend, in denen etwas aufblitzte, das in mir ein unangenehmes Gefühl erweckte.

Berson Gummi-Absätzen und Gummi-Sohlen advertisement featuring a large illustration of a shoe and a speech bubble.